

Pressemitteilung Katja Mast MdB

Bündnis gegen Altersarmut überreicht offenen Brief an Mast Mast: „Mein Ziel: Gesetzliche Rente stärken“

Das Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg hat der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und einzigem Mitglied aus Baden-Württemberg in der 10-köpfigen Rentenkommission der Bundesregierung, Katja Mast, einen offenen Brief an die Rentenkommission übergeben.

„Mein Ziel ist die gesetzliche Rente zu stärken. Ihre Sicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Kampf gegen Altersarmut gehört natürlich dazu und er ist ein langer. Die klare Botschaft des Bündnisses gegen Altersarmut aus Baden-Württemberg empfinde ich als Stärkung der SPD Position. Es ist sehr gut, dass sich breit in der Zivilgesellschaft verankerte Organisationen zu diesem Bündnis zusammengeschlossen haben und sich bemerkbar machen, denn es gibt viele Angriffe auf die gesetzliche Rente. Selbstverständlich für mich ist, dass wir uns auch die Situation von Frauen genau anschauen müssen“, betont Katja Mast.

„Der Kampf gegen Altersarmut hat politisch einen hohen Stellenwert. Und klar ist: die Rente ist wie ein Kontoauszug des Erwerbslebens und wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss wissen auf welche Rente er sich verlassen kann“, so Mast, "Daran arbeitet die SPD ganz konkret in der Regierung. Erst letzten Donnerstag haben wir mit dem Neustart in der Rente Maßstäbe gesetzt. Darüber hinaus bin ich Scharnier sozialdemokratischer Politik in die Rentenkommission, wo wir den Generationenvertrag ab dem Jahr 2025 verlässlich ausgestalten wollen.“

Katja Mast verwies auch darauf, dass im nächsten Jahr große Vorhaben mit der Grundrente und dem Einbezug von Selbständigen in die Rente anstehen, die sehr konkret gegen Altersarmut vorgehen. „Da Angela Merkel noch im Wahlkampf deutlich gemacht hatte, dass die CDU bis 2030 keinen Änderungsbedarf bei der gesetzlichen Rente sieht, ist klar, dass diese Fortschritte nur durch die Regierungsbeteiligung der SPD möglich waren.“

Die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ soll für die Bundesregierung Vorschläge erarbeiten, wie Beitragssatz und Niveau der gesetzlichen Rente über 2025 hinaus abgesichert werden können. Hierzu wird die Rentenkommission 2020 ihren Bericht vorlegen.

Über 30 Sozialverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen in Baden-Württemberg haben sich zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Altersarmut zusammengeschlossen und treten geschlossen für eine Stärkung der gesetzlichen Rente und einen besseren Zugang aller Beschäftigten zu Betriebsrenten ein. Bei der Übergabe des offenen Briefes waren neben der Gewerkschaft ver.di, Vertreter von Sozialverbänden, Naturfreunden und den Kirchen auch der aus Ispringen stammende DGB-Landesvorsitzende Martin Kunzmann.

Weitere Informationen zur Rentenkommission gibt es hier: <https://www.verlaesslicher-generationenvertrag.de/>